Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen SPD Ratsfraktion Ratsfraktion Die Linke Christian Kellers

An den Vorsitzenden des Umweltausschusses Ratsherrn Dr. Galke - CDU-Fraktionsbüro -

29.6.2017

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ver- und Entsorgung sowie Landwirtschaft am 28.9.2017 | Abfallwirtschaftskonzept

Sehr geehrter Herr Galke,

die Antragsteller bitten um Aufnahme des o.a. Punktes in die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie, Ver- und Entsorgung sowie Landwirtschaft am 28.9.2017. Dazu soll der folgende Beschluss gefasst werden:

Der Umweltausschuss und Rat beschließt folgende ergänzenden Maßnahmen im Abfallwirtschaftskonzept:

- Da Krefeld trotz marginal sinkendem Restmüllaufkommen immer noch ein sehr hohes Müllaufkommen im NRW-Vergleich aufweist, werden zusätzliche Maßnahmen zur Abfallvermeidung insbesondere im Bereich der Umweltbildung et al. installiert.
- Die stoffliche Verwertung von biologischen Abfällen (Bioabfall, Holz, etc.) soll im Sinne der Ressourceneffizienz massiv vorangebracht werden. Darunter fällt u. a. der Ausbau der Erfassung des Grünabfalls und des Holzanteils im Sperrmüll, der in Krefeld in überdurchschnittlich großen Mengen anfällt. Außerdem werden konkrete innovative Verfahren der stofflichen Verwertung in Zusammenarbeit mit kommunalen Kooperationspartnern entwickelt.
- Verwaltung und Politik verpflichten sich, das Thema "Kooperationen" sowohl in der Zusammenarbeit mit den örtlichen Initiativen als auch mit Kommunen in der Region voranzubringen und dem Umweltausschuss jährlich Statusberichte vorzulegen.
- Ein konkreter Zeit- und Kostenplan ist für alle (die schon beschlossenen sowie die ergänzenden und die in der Verwaltungsvorlage genannten) Maßnahmen von Seiten der Verwaltung zu erarbeiten und mit Vorschlägen zur Umsetzung der Maßnahmen noch in diesem Jahr erstmalig vorzulegen.

Begründung:

Das NRW-Landesabfallgesetz formuliert Anforderungen an ein Abfallwirtschaftskonzept, denen mit dem in Krefeld im Jahre 2016 verabschiedeten Abfallwirtschaftskonzept nicht entsprochen wird.

Dies gilt u.a.

- für die geplanten Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen, insbesondere für das flächendeckende Angebot zur getrennten Erfassung und Verwertung von biogenen Abfällen
- die zeitliche Abfolge sowie die geschätzten Kosten der zur Entsorgung des Gebietes notwendigen Anlagen
- die notwendige Zusammenarbeit mit anderen ÖRE und dazu notwendigen Maßnahmen sowie der zeitlichen Abfolge.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Anja Cäsar für Bündnis 90 / Die Grünen

gez. Edgar Radewald für Die Linke

gez. Gabi Schock für die SPD

gez. Christian Kellers